

betrages einig zu werden, hier mit Rücksicht eine Rückkehr zum Dawesplan ließen, um nicht das Risiko des Scheiterns der ganzen Neuordnung der Reparationsfrage auf sich nehmen zu müssen. Das liegt die Begrenzung der deutschen Schuld auf einen festen Umfang zu einer aktuellen Frage geworden ist, deren Freier nicht bloß dem deutschen Schuldner, sondern auch den Gläubigern täglich mehr auf die Finger gedrückt brennt, dafür ist ein einflussreicher Beweis der Umstände, daß auch der Reparationsagent sich in seinem letzten Bericht genötigt gesehen hat, die Notwendigkeit dieser Maßnahme unumwunden einzuräumen. Herr Parker Gilbert meint sogar, daß die Bestimmung einer Endsumme auch die Folge haben werde, ihn von der jetzigen Verpflichtung zum Schutze der deutschen Währung bei den Verwandlungen der deutschen Goldmarktribune in fremde Devisen zum Zwecke der Vergütung an die Gläubigermächte zu befreien. Wegen dieser Auffassung muß aber in ihrer Unbedingtheit Verwahrung eingelegt werden. Der Transferschutz ist unentbehrlich, solange unsere Zahlungsbilanz andauernd passiv ist und wir die Dawestribune nicht aus den Ueberflüssen unserer Wirtschaft befreien können, sondern dazu in der Hauptsache Devisen benutzen müssen, die wir durch Antleihen herbeibringen. Der Fortfall des Währungschutzes könnte nur dann unbedenklich erscheinen, wenn unsere Gesamtverschuldung so bemessen würde, daß sie dem tatsächlichen deutschen Leistungsermögen sich anpaßt und aus den Ueberflüssen der Wirtschaft abgetragen werden kann. Um dieses Ziel, das allein gesunde Zustände herbeiführen kann, zu erreichen, müssen Regierung, Parteien und Bevölkerung in Deutschland gemeinsam ihre ganze Kraft einlegen. Dadurch wird die größte Aufgabe der nächsten deutschen Zukunft vorgezeichnet.

Wenn es diesmal noch mit unsäglicher Mühe gelungen ist, den Reichshaushalt ohne neue Anspannung der schon bis auf äußerste ausgedehnten Steuerkraft des Volkes zu balancieren, so wird das künftig unmöglich sein, wenn die Normaljahre ihre Rangen und Daumenschriften mit ganzer Wucht ansetzen. Es ist eine klammheimliche Angelegenheit, die Dr. Brücker in die mahnenden Worte gefaßt hat, daß er nicht als je zuvor unsere Haushaltsführung mit den Reparationsverpflichtungen verbunden ist. Der sächsische Finanzminister Weber hat den Eindruck dieser Mahnung noch verstärkt durch

den Hinweis, daß sämtliche deutschen Länder in diesem Jahre einen Defizithaushalt aufstellen würden, woraus die Unmöglichkeit hervorgeht, daß Deutschland die vollen Daweslasten werde aufbringen können. Diese Ueberzeugung muß Gemeingut des gesamten deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei werden. Auch in einschlägigen Kreise der Arbeiter beginnt die richtige Erkenntnis aufzudämmern. Die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlichte kürzlich den Brief eines Arbeiters, der durch einen bürgerlichen Vortrag über den Dawesplan zum eigenen Nachdenken über die Wirkungen der Dawestribune auf Industrie, Landwirtschaft und Arbeiterklasse angeregt worden war. Der Arbeiter schrieb, er habe erst aus diesem Vortrage erfahren, welche unerhörten Summen auch aus der deutschen Arbeiterschaft herausgepreßt werden. Er stellte deshalb die Frage, ob es nicht angebracht wäre, wenn auch die Arbeiter durch Vorträge und Zeitartikel über diesen Ausbeutungsplan sach- und fachgemäß aufgeklärt würden. Solche reine Sachlichkeit paßt aber dem Vorfabrikalismus nicht in seine Schlagwortpolitik, und es ist daher nicht zu verwundern, daß das radikale Organ den wissenschaftlichen Arbeiter mit leeren Ausflüchten abspeiste. Um so eifriger müssen es sich die bürgerlichen Parteien angelegen sein lassen, durch rastlose Aufklärungsarbeit es dahin zu bringen, daß auch die breiten arbeitenden Schichten befreiten lernen, wie sehr es bei dem Kampfe für die Revision des Dawesplanes um ihr eigenes Wohl, um die Befreiung ihrer kulturellen Lebenshaltung geht. Jeder einzelne deutsche Staatsbürger, einerlei, was Rang und Standes er ist, welchem Berufe oder welcher Partei er angehört, ist gleichmäßig durch seine Wohlfahrt daran interessiert, daß die jetzige völlig unerträgliche 2½-Milliarden-Belastung durch ein vernünftiges System ersetzt wird, das der deutschen Gesamtbevölkerung genügend Luft und Licht zum Leben läßt. Und dieses Ziel wird um so eher und um so vollkommener erreicht werden, je stärker die Solidarität der ganzen deutschen Nation in der Revisionssfrage nach außen hin in Erscheinung tritt und den Gläubigermächten die Erkenntnis beibringt, daß es sich hier nicht um eine künstlich erfindete Behauptung, sondern um das elementare Aufstöhnen eines in wirklich unerträglicher Weise belasteten Volkes handelt.

Gewinne und Schuldenrückzahlungen aufschließen, vielmehr zu weiteren schweren Verlusten führten. Zinsen, Steuern und andere laufende Ausgaben wurden weiterhin aus Krediten entnommen. Die ungünstige Ernte 1926 konnte diese Entwicklung nicht aufhalten. Nunmehr droht die unter dem Einfluß der Witterungsverhältnisse vielfach traktlose Ernte 1927 die Katastrophe als notwendige Folge dieser Entwicklung auszulösen. Die Verschuldung trägt, wie schon ihre Entstehungsgeschichte beweist, durchweg den Charakter der Not. Die Wirtschaftsverhältnisse wie sie sich in der deutschen Wirtschaft gestaltet haben, müssen den normalen landwirtschaftlichen Betrieb zum Verlustbetriebe machen. Die Ergebnisse der Ernteevaluierungen bringen den Beweis. In den Wirtschaftsjahren 1924/25 und 1925/26 waren im Wirtschaftsbetriebe Deutschlands von den unterliegenden Betrieben über die Hälfte aller größeren und weit mehr als ein Drittel aller kleineren und kleineren Betriebe Verlustbetriebe. Der Anteil der Verlustbetriebe an der Gesamtzahl ist um so größer, je geringer die Bodenbeschaffenheit, also besonders groß im Osten und Nordosten Deutschlands.

Im Durchschnitt der meisten Betriebsgruppen reichte das Reineinkommen

der Betriebe nicht einmal aus, um den Lebensunterhalt der Betriebsleiter und die Steuern zu bestreiten. Ein Betrag für Zinsdienst und für die Verzinsung des eigenen Kapitals war nicht mehr verfügbar. Dem Schuldenbetrag von 7 Milliarden Reichsmark steht hiernach nicht eine verbesserte Ausrüstung der Betriebe gegenüber. Die Kredite mußten vielmehr zur Erhaltung der Betriebe verwendet werden, indem sie im wesentlichen dazu dienten, neben den Steuern, sozialen Abgaben und Lasten, die Zinsen und den Lebensunterhalt für die Betriebsleiter zu bestreiten.

Eine Rationalisierung der Betriebe konnte also nicht eintreten. Die Landwirtschaft hat Jahre hindurch nicht einmal ihre Selbstkosten aus den Betrieben herausbekommen. Ein Verlustjahr ist dem anderen gefolgt. Die ausgebluteten Betriebe haben jetzt nicht mehr die Kräfte zu voller Aufrechterhaltung ihrer Produktion. Die Reichsregierung sieht es als ihre Aufgabe an, auf eine Ordnung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse hinzuwirken, die für die in der rationalen Fortführung bedrohten Betriebe eine

**Ueberführung der schwebenden Schulden in langfristigen Kredit**

herbeiführt und eine gleichzeitige Absenkung der Zinslasten mit sich bringt. Zur Beschaffung und Gewährung von zweifelhafte zu schwebenden Krediten an bedrängte landwirtschaftliche Schuldner zwecks Umschuldung drückender schwebender Schulden bedarf es erheblicher Mittel, die, wie die Verhältnisse zurzeit liegen, nur durch Aufnahme von Auslandskrediten beschafft werden können.

Die Kredite sind an Betriebe zu gewähren, die zu ihrer rationalen Fortführung dieses Kredits bedürfen und deren rationelle Fortführung bei Gewährung des Kredits zu erwarten ist. Bei der Vergabe der Kredite soll eine Mitwirkung von Gutachtern, die von Selbstverwaltungskörperschaften bestellt sind, vorgesehen werden. Die Reichsregierung ist bereit, die Erlangung und Ausgabe derartiger Teilgelder seitens öffentlicher Stellen zu unterstützen. Bis diese Gelder flüssig gemacht werden können und soweit auf ihren Eingang gerechnet werden kann, ist die Reichsregierung bereit, im Rahmen des Möglichen Vorkasse zu gewährleisten. Sie erwartet, daß bei diesen Maßnahmen auch die Länder eine entsprechende Hilfe eintreten lassen.

Der Redner macht dann vertrauliche Mitteilungen über die Fortsetzung. Nach Rücksprache mit dem Reichsfinanzminister darf ich insbesondere auf die Anregung des Abgeordneten Thomien hinweisen: Was

**Die Frage der Besteuerung**

anbetrifft, so richten sich die Klagen wohl in erster Linie gegen die Grund- und Gebäudesteuer, die Grundvermögenssteuer und die dazu von den Gemeinden erhobenen Zuschläge. Bei der Reichseinkommensteuer werden die Durchschnittssätze für die nichtbuchführenden Landwirte in manchen Gebietsteilen beanstandet. Es bleibt zu prüfen, ob nicht überall da, wo die Landwirtschaft sich in besonders mißlichen Verhältnissen befindet und die festgelegten Beträge den Einkommensverhältnissen nicht mehr entsprechen, durch Ermäßigung und Stundung geholfen werden muß. Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mich ermächtigt, zu erklären, daß er bereit ist, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Die Finanzämter sind bereits mit Weisungen versehen.

Die Weiterberatung wird mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichsernährungsministers vertagt. Abg. Thomien (D.N.) bemerkt, die Erklärung des Ministers habe ihn nicht befriedigt. Er bitte den Herrn Finanzminister, am Montag hier im Ausschuss zu erscheinen und eine entsprechende Erklärung, wie sie am Schluß der Herr Reichsernährungsminister abgegeben habe, gleichfalls selbst abzugeben und zu erläutern. Ministerialdirektor Dr. Rothke sagt zu, diese Bitte dem Reichsfinanzminister zu übermitteln. — Weiterberatung am Montag.

**Ende der Ausschuhdebatte über das Kriegsschadenschuldenlosgesetz.**

Berlin, 21. Jan. Im Reichstagsausschuss für Entschädigungssachen wurde heute die Generaldebatte über das Kriegsschadenschuldenlosgesetz zu Ende geführt. Abg. Dr. Valersdörfer (B.Vp.) bescheinigt den Regierungsentwurf als durchaus unzureichend. Die vertriebenen Auslandsdeutschen würden zum großen Teil geradezu enteignet werden. Immerhin sei der gute Wille der Regierung anzuerkennen, die von den früheren Regierungen übernommenen großen Verpflichtungen zu erfüllen. — Abg. Böckmann (B.Vp.) sprach sich ebenfalls gegen die Regierungsvorlage aus. Die Schadhabenden müßten vor allem die Möglichkeit behalten, später einmal zu ihrem Recht zu kommen. Hierauf wurde die Generalausprache geschlossen. In der nächsten Sitzung am Dienstag wird sich voraussichtlich die Regierung zu den Fragen und Wünschen der Redner äußern.

**Die Auflösung der preussischen Studentenschaften.**

Berlin, 21. Jan. Der preussische Kultusminister Dr. Becker erklärte dem Ausschuss preuß. Pressebienstandes in Beantwortung einer Zentrumsanfrage, daß die preussischen Studentenschaften aufgelöst sind und nicht mehr existieren. Auch die Reiter, Ausschüsse usw., die ihnen unterstanden, sind aufgehoben. Die Liquidation des Vermögens ist in die Wege geleitet. Wesuchen bleiben lediglich wirtschaftliche Einrichtungen, soweit sie eine selbständige Rechtspersönlichkeit darstellen. Ehrengerichtungsverfahren, wie jetzt ein in einem Falle gegen einen früheren Vorsitzenden einer aufgelösten Studentenschaft eingeleitet wurde, haben niemals die Anerkennung der preussischen Unterrichtsverwaltung gefunden.

**Rückgang des Einfuhrüberschusses im Dezember.**

**Die Ausfuhr um 43 Millionen gestiegen.**

Berlin, 21. Jan. Der deutsche Außenhandel zeigt im Dezember 1927 im reinen Warenverkehr einen Einfuhrüberschuss von 104 Millionen Reichsmark gegen 881 Millionen Reichsmark im Vormonat. Die Einfuhr im reinen Warenverkehr ist im Dezember gegenüber dem Vormonat um 23 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Während die Rohstoffeinfuhr noch eine weitere Steigerung um 19 Millionen Reichsmark aufweist, zeigt die Einfuhr an Lebensmitteln (um 29 Millionen Reichsmark) und fertigen Waren (um 20 Millionen Reichsmark) einen Rückgang.

Bei der Ausfuhr ist dagegen eine Zunahme um 43 Millionen Reichsmark festzustellen. Daran sind alle Gruppen beteiligt, vor allem die Rohstoffe (mit 16 Millionen Reichsmark) und die Fertigwaren mit 27 Millionen Reichsmark. Die Einfuhr an Gold und Silber ist gegenüber dem Vormonat um 4,2 Millionen zurückgegangen, ebenso zeigt die Ausfuhr eine leichte Abschwächung. (W. T. V.)

**Die Verteilungsschlüssel für die Industriebelastung.**

Berlin, 21. Jan. Nachdem die Ergebnisse der Veranlagung der Vermögenssteuer 1927 jetzt vorliegen, sind von dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsfinanzminister die Verteilungsschlüssel zur Aufbringung der Industriebelastung für die Kalenderjahre 1926 bis 1928 endgültig festgestellt worden. In den Jahren 1926 und 1927 waren bisher nur Vorauszahlungen zu leisten. Mit Rücksicht auf die veränderte Bemessungsgrundlage ist es möglich gewesen, die endgültigen Verteilungsschlüssel niedriger zu bemessen, als die vorläufigen, und zwar für 1926 auf 9,5 anstatt 8,75 vom Tausend, und für 1927 auf 7,1 anstatt 7,5 p. T.

**Ausperrung in der Magdeburger Metallindustrie.**

Magdeburg, 21. Jan. Nachdem im Lohnstreik der mitteldeutschen Metallindustrie der Reichsarbeitsminister dem Antrag der Arbeitgeber auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches abgelehnt hat, tagte heute mittags der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Es wurde einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom Dienstag, dem 24. Januar, ab in sämtlichen Magdeburger Betrieben die Arbeiter auszusperrern. Es ist anzunehmen, daß dieser Beschluß auf ganz Mitteldeutschland ausgedehnt wird.

**Die Reform bei der Post.**

Berlin, 20. Jan. An der heutigen Verwaltungsratsitzung teilte der Reichspostminister mit, daß die seit mehreren Monaten in Gang befindlichen Reformarbeiten nunmehr zu einem gewissen Abschluß gelangt seien mit dem Ergebnis einer möglichst weitgehenden Dezentralisation des Reichspostministeriums und mit der Auswirkung des Abbaues von rund 20 Prozent der Belegat und der übrigen Beamten des Reichspostministeriums. Ferner wird in Vollzug einer Entschliessung des Reichstages auf Herabminderung der Zahl der Oberpostdirektionen vorgeschlagen werden, 14 Oberpostdirektionen aufzuheben.

**Reichsmaßnahmen für die Landwirtschaft.**

**Ankündigungen Schieles im Hauptausschuß.**

Berlin, 21. Jan. Der Haushaltsausschuß des Reichstages erledigte zunächst Petitionen, die sich gegen die Zusammenlegung der Versorgungsbehörden richteten. Reichsarbeitsminister Dr. Bruns wies darauf hin, daß er die Zahl der Hauptversorgungsämter bereits von 25 auf 14 vermindert und, wo es notwendig und zweckmäßig war, auch die Versorgungsämter zusammengelegt habe. Bei der folgenden Beratung des Landwirtschaftsausschusses erwähnte der Berichtserichter Abg. Dietrich (Baden (Dem.)) die Wünsche der Fischer, der Jäger und der Bienenzüchter. Er verurteilte die Klagen für holländisches Gemüse und unterstützte alle Bestrebungen zur Verbesserung der Landwirtschaft. Hinter dem Kreditproblem müßten alle anderen Probleme der Landwirtschaft zurücktreten.

Motorenkredite sind leider notwendig. Diese Kreditsummen müssen bei hervortretendem Bedarf entsprechend, wahrscheinlich erheblich, erhöht werden. Von den Ländern sind nur zunächst 100 Millionen Kapital als erforderlich bescheinigt worden. Die Meliorationen müssen gleichfalls schärfer bescheinigt werden. Dazu können Meliorationsfondsbriefe auf der Basis des genossenschaftlichen Zusammenflusses die Grundlage bieten.

Der Minister gibt dann eine Statistik über die starke Einfuhr von Fleisch und lebendem Vieh bekannt. Danach sind im Jahre 1923 an Vieh und tierischen Stoffen eingeführt worden 2.351.894 Doppelzentner, 1927 dagegen 3.674.667 Doppelzentner, mit dem lebenden Vieh zusammen 4.466.577 Doppelzentner, darunter 1.200.000 Doppelzentner Gelfleisch.

Die Schweine- und Rindviehzucht gewährt jetzt dem Landwirt keine Rente mehr. Beim Zentner Lebendgewicht liegt er beim Schweinefleisch 10 bis 15 RM. zu. Wir haben gegenwärtig an Fleisch ein Ueberangebot am Markt. Erfreulicherweise ist der deutsche Konsum von 4,8 auf 5,2 kg der Bevölkerung gestiegen. Infolge des ausländischen Ueberangebotes sind die Preise außerordentlich gering. — Der Minister ging dann zu der im Ausschuss als Kernproblem bezeichneten Frage der

**Uebererschuldung der Landwirtschaft**

über. Seit Anfang 1924 bis zum Herbst 1927 haben die landwirtschaftlichen Betriebe rund 7 Milliarden Rentenmark Schulden aufgenommen. 4,67 Milliarden Realschulden, 2,35 Milliarden Personalschulden, 1,8 Millionen schwimmende Schulden. Zum großen Teil in der für den landwirtschaftlichen Betrieb völlig ungeeigneten Form, kurzfristige vielfach wechselmäßige Verpflichtungen. Die Zinslast der Landwirtschaft ist damit jährlich auf 800 bis 900 Millionen Mark angewachsen. Die Ursachen zur rapiden Verschuldung liegen heute klar zutage. Für die überwiegende Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe waren seit 1924 die wirtschaftspolitischen Grundbedingungen, auf denen sich das Marktverhältnis aufbaut, so gestaltet, daß aus einer ordnungsmäßigen Betriebsführung zu Verlusten führen mußte. Die Betriebe gingen aus der Zwangswirtschaft und der Scheinblüte der Inflation geschwächt und infolge des Zusammenbruchs der Währung von Betriebskapital entblößt in das Jahre 1924 hinein.

Die Ernte 1928 ist grobentfalls in Papiermark vermerkt worden. Die Betriebsausgaben für 1924 und insbesondere die schlagartig einsetzenden Steuern mußten in Gold entrichtet werden. Die Mittel hierfür konnten sich die Betriebe grobentfalls nur im Kreditwege beschaffen zu gewaltigen Zinslasten. In dem Maße, der Situation Herr zu werden, wurden von den Betrieben sehr große Aufwendungen gemacht, die infolge der ungünstigen Ernte 1924 weit verloren gingen. Die Intensivierungsbemühungen wurden trotzdem fortgesetzt. Die Verwertung der an sich guten Ernte 1925 mußte aber zu Preisen erfolgen, die, im Zeichen des Zenerdrucks und der Preisföhre,

Das Institut für Konjunkturforschung habe die Verschuldung Ende 1927 auf über 10 Milliarden berechnet. Das Gefahrenmoment der schwebenden Schuld habe sich trotz der Zunahme der Hypothekenschulden um 600 Millionen RM. weiter um 400 Millionen RM. erhöht. Die Zinslast sei drückender geworden. Die Realdebite seien endlich wegen des großen Teiles der kurzfristigen Kredite bedrohlich geworden. Zur Abhilfe sei die Gewährung einer zweiten Hypothek von öffentlicher Hand vorzuschlagen. Aber neben der Umwandlung der Schulden in Hypothekenschulden müsse ein Teil der Schulden durch Verkauf der überschuldeten Güter erledigt werden. Er halte einen Großgrundbesitz in bescheidenem Umfang auch östlich der Elbe für durchaus notwendig. Gleichwohl empfehle sich ein Ankauf eines Teiles des überschuldeten Grundbesitzes.

In der allgemeinen Aussprache legte Abg. Thomien (D.N.) dar, daß die Not der Landwirtschaft sich auf alle Weltländer erstreckte. Die Kreditregelung allein nütze nichts. Wie weit sei die Reichsregierung bereit, Maßnahmen von Verbänden und Organisationen zu unterstützen? Ueber-schwenkt werde unser Markt mit ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die wir im eigenen Lande genügend erzeugen. Er denke z. B. an die Schweine, die kaum noch loszuschlagen seien; ebenso sei es mit Gemüse. Er bitte um eine Statistik für die Einfuhr von Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen in diesem Jahre.

**Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele**

ergriff sodann das Wort und führte aus: Zum Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft Parlamentarier heranzuziehen, ist gewiß wünschenswert. Regelmäßige dauernde Mitarbeit der Parlamentarier in dem kleinen Gremium des Reichsausschusses für Landwirtschaft ist aber wohl nicht zweckmäßig. Ich hoffe, daß dieses Organ zur Rationalisierung der Technik in der Landwirtschaft, das ja ein Selbstverwaltungsgremium werden soll, sich segensreich entwickelt. Die

**Ihre Radioanlage**  
 wird Ihnen viel mehr Freude machen,  
 wenn Sie sich einen neuen leistungsfähigen Lautsprecher dazu anschaffen.  
 Preis 12.— bis 140.— RM.  
**Wünsche Radio** Wilschmann- u. Klingstraße  
 gegenüber dem Neuen Rathaus